

Redaktion:
Wien, VI., Campendörferstraße 78.

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier
Postzusendung:
Halbjährig 80 kr.
Vierteljährig 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Ruwert) 70 kr. =
Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 58 kr. = 1 Frk. 25 Cent.
Einzeln Exemplare 6 Kr.

„Die Zukunft“ erscheint an jedem
2. und 4. Donnerstag im Monat.
Unverfälschte Reklamationen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletariat aller Länder vereinigt Euch!

Administration u. Expedition:
Wien, VI., Campendörferstraße 78.

Inserions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen:
5 kr.
Für Anzeigen von Privatpersonen:
10 kr.
die dreimal gespaltene Preitspalt ober
deren Raum.

Wir eruchen bei allen Bestellungen
sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte
werden nicht zurückgegeben.

Nr. 64.

Wien, Donnerstag 25. Mai.

1882.

Parteigenossen! Vergesst der Familien der Inhaftirten nicht.

Genosse Joh. Richter wurde in der heutigen
Schwurgerichts-Verhandlung zu
12 Jahren schweren Kerker
verurteilt. — Näheres in der nächsten Nummer.

Abonnements-Einladung.

Mit 1. April begann ein neues Abonnement auf
die „Zukunft“. Wir eruchen unsere Genossen, ihr Abonne-
ment rechtzeitig zu erneuern, damit in der Zusendung des
Blattes keine Störung eintrete.

Man abonniert auf

Die Zukunft

Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs
in der Administration

6. Bezirk, Campendörferstraße 78.

„Die Zukunft“ erscheint monatlich zweimal, und
zwar an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Das Abonnement beträgt für Oesterreich-Ungarn:
halbjährig 80 kr., vierteljährig 40 kr.
mit portofreier Zusendung.

Das Verhältnis zwischen dem Sozialismus und seinen Gegnern.

I.

Seit Jahren haben die Arbeiter Oesterreichs öffentlich
bei jeder Gelegenheit erklärt, daß sie von keiner der
herrschenden Parteien eine Veränderung der drückenden Ver-
hältnisse, vielweniger eine soziale und politische Gleich-
berechtigung hoffen.

Die Ueberzeugung, daß alle politischen Parteien
vor dem Sozialismus sich zu Stützen der Reaktion her-
geben werden, hat sich schon längst in den Reihen des
vierten Standes Bahn gebrochen. Doch herrschte noch die
Meinung, daß Ereignisse eintreten können, wo man durch
die Umstände gezwungen wäre, der Arbeiterpartei Kon-
zessionen zu machen, die zwar in keiner Weise das Glend
des arbeitenden Volkes vermindern, aber doch derartiger
Natur sein werden, daß sie als Agitationsmittel benützt
werden können oder doch die Agitation erleichtern.

Die Thatsachen aber, die sich in den letzten Jahren
in Europa abgespielt haben, wirkten derartig auf die
bisherigen politischen Anschauungen der Parteigenossen,
daß sie gegenwärtig nur die größte Segnerschaft und
jede nur mögliche Bekämpfung von Seite der übrigen
politischen Parteien erwarten.

Diese Anschauung über das Verhältnis der maß-

gebenden Kreise zur Sozialdemokratie, die bei den vorge-
schrittenen Genossen längst die maßgebende war; wurde
größtenteils durch die Schaffung und Handhabung des
Sozialistengesetzes in Deutschland, sowie durch die Art
der Anwendung des § 6 des Vereins- und Versammlung-
gesetzes, dann die Anwendung des objectiven Verfahrens
in Preßsachen bei uns in Oesterreich hervorgerufen.

Diese Anschauung verbreitete aber auch schon der
größte Förderer oder besser gesagt der Begründer der
Sozialdemokratie in Deutschland, Ferdinand Lassalle,
sowie viele andere Freunde des vierten Standes. Sie
läßt sich aber sozusagen tagtäglich neu begründen und
leuchtet bereits aus jeder Äußerung der maßgebenden
Politiker hervor. Das Munkeln von einem Sozialisten-
gesetz in Oesterreich, wie es in der Tagespresse zu ver-
nehmen ist, gibt ebenfalls die Zeugenschaft dafür ab.
Ja, wir sind überzeugt, daß alle unsere Parlamentarier
sich entschieden dagegen verwahren werden, wenn ihnen
Jemand zumuten würde, dem Sozialismus Vorschub zu
leisten. Haben wir doch schon öfter erlebt, daß die Be-
schuldigung, im Geruche des Sozialismus zu stehen, als
Beleidigung betrachtet worden ist und selbst Ehren-
beleidigungs-Prozesse deshalb angestrengt wurden.

Und wenn wir weitere Beweise zur Erhärtung
dieses Faktums benötigen sollten, was zum Glück nicht
notwendig ist; so brauchen wir nur zu erinnern, daß ja
doch die Sozialdemokratie in Oesterreich für staatsge-
fährlich erklärt ist und das ist doch eine offene Sprache.
Nach den zahlreichen Behauptungen der verschiedenen
Staatsmänner existirt in Oesterreich keine soziale Frage.
Und was soll diese Behauptung zu deutsch heißen?
Nichts anderes als — — — mein Wille ist, an den
bestehenden sozialen und politischen Verhältnissen nichts
zu ändern. Also ebenfalls verständlich genug gesprochen.
In der Beurteilung des Sozialismus von seinen prin-
zipiellen Gegnern, finden wir zwei Urteile am meisten
verbreitet, die jedenfalls durch Auswendiglernen den
höheren Regionen das Nachdenken darüber entbehrlieh
machen sollen. Das eine davon stempelt den Sozialismus
zu einer eminent großen Gefahr für die Volkshut der
Menschheit, das andere zu einem Unsinn und Hirn-
spinnelei, welches jeder realen Grundlage entbehrt.

In dem bisher Gesagten ist schon jedenfalls das
Verhältnis zwischen dem Sozialismus und seinen Gegnern
genügend beleuchtet worden, um die naturgemäß einzu-
nehmende Stellung und Taktik sofort mit Leichtigkeit
herauszufinden. Zum Ueberflus werden wir noch ein
Objekt in das Reich unserer Besprechung ziehen und
das ist der Entwurf der neuen Gewerbeordnung.

In der Sitzung des Gewerbe-Ausschusses des
Abgeordnetenhauses äußerte sich am 8. Mai d. J. der
Referent, daß in den Entwurf des neuen Gewerbegesetzes
kein neues Prinzip hineingetragen werden solle und tat-
sächlich werden nach diesem Entwurfe die Arbeiter nicht
einmal als Mitglieder der Genossenschaft betrachtet,
sondern nur als Angehörige derselben und ob sie darin
auch etwaige Rechte haben sollen oder nicht, das bestimmen
die Statuten der einzelnen Genossenschaften. Eine Be-
merkung, wie weit diese Herren von der politischen und
sozialen Gleichberechtigung aller Menschen entfernt sind,
ist hier nicht möglich.

Man wirft ferner den Sozialisten vor, daß sie
gerade von den ihnen gesetzlich erlaubten Mitteln keinen
Gebrauch machen. Es wäre überflüssig, diese blöde
Äußerung widerlegen zu wollen. Wir wollen nur eines
konstatieren: Wenn der Druck eines literarischen Produktes
in Oesterreich einmal erlaubt ist, so muß er logisch
auch ein zweitesmal erlaubt sein. Wie oft sind aber
unser Blätter wegen wissenschaftlicher und politischer
Aufsätze konfisziert worden, die in anderen Journalen
anstandslos die Zensur passirten? Und wie geht man
bei Konfiskationen unserer literarischen Erzeugnisse vor?
Davon aber ein andermal.

Zum Streik der Grubenarbeiter.

Der Streik der nordwest-böhmischen Kohlenarbeiter ist zu
Ende, Alles geht, wenigstens dem Anscheine nach, seinen alten
gewöhnlichen Gang, selbst das Militär, das unserer Stadt, sowie
deren Umgebung ein fast kriegerisches Aussehen verlieh, ist zum
Teil in seine Garnisonen zurückgekehrt, zum Teil belagert es die
Kohlenbergwerke innen und außen.

Es herrscht also im Großen und Ganzen „wiederum die
alte Ruhe und Ordnung“. Die sogenannten Nabelstücker und
Seber, im Geruche des Sozialismus stehend, erkannt (?) wurden
in ihre Heimat geschickt und eine kleine Anzahl befindet sich im
bisherigen Polizeigefängnisse, im Leitmeritzer Kreisgerichte und des-
gleichen in Brüx, Dux, Bilin, Aulitz u. s. w. Bereits mußten
mehrere von diesen grundlos Inhaftirten auf freien Fuß gesetzt
werden und bei den noch Zurückgehaltenen dürfte das ebenfalls
bald geschehen.

Gegenwärtig sollen bereits mehr als 70 Prozent der Arbeiter
ihre Tätigkeit aufgenommen haben, wozu sie natürlich gezwungen
wurden, da sie vor der Alternative standen: entweder arbeiten
oder in die Heimat geschickt werden.

Einzeln charakteristische Episoden mögen hier einen Platz
finden.

Die Arretirungen beschränkten sich nicht bloß auf die freie
Straße oder einen freien Platz, sie wurden auch vor den Wohnungen
vorgenommen. So passirte es einem Arbeiter, der Familienoater
ist, als er mit seinem Kinde auf dem Arme vor der Haustüre
stand, daß er von da weg mitgenommen wurde, weil er auf die
Frage, ob er arbeiten wolle, antwortete „nein“. Das Kind sollte

Genilleton.

Moderne Bildung.

Der Begriff Bildung ist ein vielseitiger, man kann
sagen, daß das was man früher so nannte oder auch
wieder später nennen wird, heute als keine solche anerkannt
wird. Die Bildung richtet sich nach den jeweiligen Ein-
richtungen und der für das System brauchbaren Erziehung.
Man nennt daher selbe nicht ganz mit Unrecht: Moderne
Bildung. Es gilt dies zum Teil sogar für Literaturbildung,
Kunstbildung und ganz besonders von der Gesellschafts-
bildung, aus deren hier einige Züge herausgegriffen
werden sollen.

Eine moderne gesellschaftliche Bildung eignet sich
Derjenige am schnellsten an, dem sein Naturell durch der
ihm abhichtlich beigebrachten, einseitigen und irrthümlichen
Grundlehren am meisten zur Unterwürfigkeit, Schmeichelei
und Heuchelei neigt.

Demgemäß wird die Aneignung der gangbaren
Bildung aus wolüberdachten Gründen allerwärts
empfohlen.

Die wahre Bildung, die Demjenigen, welcher durch
die bestehenden Verhältnisse gezwungen ist, von
Morgens früh bis spät Nachts hinter dem Fabrikgitter,
das nur Mittag für eine Stunde geöffnet wird, für An-
dere zu schaffen, verwehrt wird, wenn ihm die Bildung,
aus welcher er den Nutzen der Selbsterkenntnis ziehen,
und die eigene Kraft erkennen könnte, unmöglich gemacht
wird, so will man, daß statt dem eine moderne Bildung
am Plage tritt. Jeder schlichte Mann soll sich die schöne
Gabe aneignen, einen jeden Menschen ohne Ausnahme
seine Schustererei, wenn er sich welche zu Schulden kommen

läßt, mit geschwüpften Worten, ohne zu verletzen, in der
gütigsten Weise jagen zu können. Denn man spricht sich
da leichter und dann kann man ja einen derartig gebildeten
Mann auch leichter von der „grundfalschen Meinung“
abbringen. Natürlich es läßt sich handeln, auch kann er
Alles leichter erreichen, er braucht dann nur noch eine
Porzion Schmiegsamkeit und etwas von den gangbaren
tierischen Gebräuchen annehmen und der Weltmann ist
gemacht.

Als erkennbares Zeichen der angenommenen moder-
nen Bildung ist das Hutabnehmen und sich dabei in
respektvoller Ergebenheit zu ducken. Jedermann hat man
seine Unterwürfigkeit damit anzuzeigen. Es müssen das
Alle sein, mit denen der gebildete Mann schon in Be-
rührung gekommen ist, allen diesen hat er sich als er-
gebenster Diener zu zeigen.

Man kann dabei folgende Beobachtung machen:
Bei fünf Schritte Entfernung wird der Hut vom Kopf
genommen, der Oberkörper tief gebeugt, der rückwärtige
Körperteil macht einen Kreis, im Gesichte werden freund-
liche Falten gelegt und die Augen demutsvoll nach Oben
gerichtet und jeder Bankier hat seine Freude damit. Das
ist ein Theil moderner Bildung.

Fragen wir nun, woher kommt dieses. Das Gegen-
stück ist nicht weit. Ein Hund, wenn er die Ueberlegenheit
seines Herrn fühlt, bückt und krümmt sich, schmiegt sich
an und dreht das Hinterteil. Die Furcht zwingt das
Tier zu dieser Bewegung, es soll dieses dem Herrn als
Wichtigere zur Wilde stimmen.

Da die Menschen gleich geboren sind, und das soll
betont werden, da die allenfalls j-ht Begabteren diese
Begabung doch nur durch die generationelle Ausbildung
auf Kosten Anderer erlangt haben, so ist es durchaus
unwürdig, sich mit dem Tier auf gleicher Stufe zu
stellen und sich selbst vor seinesgleichen zu bücken.

Das Abnehmen des Hutes findet nur bei unkult-
virten Völkern eine Analogie. Die Tahitianer entkleiden
sich die Schulter, wenn sie ihre Unterwürfigkeit zum
Ausdrucke bringen wollen. In Abyssinien wird der
Niedrige gezwungen seinen Gürtel zum Zeichen der hohen
Ehrfurcht vor den Oberen zu lösen und wird die Außer-
achtlassung mit strengen Strafen belegt.

Für den Handluf, mit dem vorzugsweise die
„gnädige Frau“ und der Herr „Hochwürden“ traktirt
werden müssen, der jedoch zum Glück nicht mehr zur
modernen Bildung gehört, finden wir den gleichen Vor-
gang beim Hund, wie er dem Herrn zum Zeichen der
Treue die Hand leckt.

Der Hauptbestandteil einer modernen Bildung ist
die Beobachtung einer sich selbst tief erniedrigenden Er-
gebenheit vor dem gleichgeborenen mit gleichem Recht
ausgestatteten Mitmenschen.

Der sich als Mensch gleich fühlt mit Alle, setzt nach
der modernen Bildung alle Moral zur Seite; der sein
Recht sucht, vergeht sich nach dieser gegen die gute Sitte,
denn nur mit dem Hute in der Hand kommt man durch
das ganze Land, das ist es, was man uns aufstrotzt.
Es ist dies auch eine der Grundlage der jetzigen
Schulen.

Doch wir sagen: Der freie Mann scheut kein
freies Wort. Ueberücksichtigt um alle Anstandsloskeits
müssen wir dem Unehrliehen seine Schandthaten ins Gesicht
sagen können.

Dem wahren ehrlichen Manne können wir auch
mit dem Hute am Kopf, ohne sich zu bücken, ins Auge
schauen und er wird mit bewegter Brust unseren Blick
begegnen, wenn anstatt Memmen nutige Männer um
ihm sind.

F. G.

er in der Wohnung zurücklassen, allein er sagte, „wo ich bin, soll auch mein Kind sein“. Dasselbe passierte einer Arbeiterfrau.

Das biesige deutschliberale Blatt, der „Teplitz-Schöner Anzeiger“, das sich kürzlich einen famosen Redakteur, dessen Name Schönhof, von Wien, verschrieb, suchte in Bezug auf die streikenden Arbeiter in jeder Nummer seinen Liberalismus ziemlich unerbittlich ins rechte Licht zu stellen. So hieß es in einem Artikel über den Streik in Nummer 33 vom 29. April: „daß die Lage der Arbeiter sonst eine gute ist und deshalb auch nicht auf die Nachgiebigkeit der Arbeitgeber gerechnet werden kann. Der Streik ist nur auf Rechnung der sozialistischen Willkür zu setzen und die Bruderlade wurde nur zum Anlaß genommen, um dem schon längst gestülten Bedürfnisse, zu streiken, zu genügen. Vorläufig hat der Streik für die Kohlenwerkbefitzer nicht viel zu bedeuten, da die Förderung (der Abganga) ohnehin stagniert.“

Daß letzteres bloß eine Finte war und gewissermaßen den Arbeitern als Köder hingeworfen wurde, ist klar und dadurch bewiesen, daß schon wenige Tage nach Beginn des Streiks die Fuhre Rollen sich verdoppelte, nämlich von 5 auf 10 fl. und selbst da waren nicht genügend mehr aufzutreiben.

Wir „gut die Lage der Arbeiter sonst ist“, geht aus folgenden Zahlen hervor. Der Durchschnittspreis eines Hauers betrug per Tag in den Jahren 1871 fl. 1.93, 1872 fl. 1.85, 1873 fl. 1.78, 1877 fl. 1.54, 1878 fl. 1.56 und betrug gegenwärtig kaum mehr als 1 fl. per Tag. Dabei gibt es keine geregelte Arbeitszeit und muß, um diesen Betrag zu verdienen, der Arbeiter von 5 Uhr morgens bis 7 und 8 Uhr abends in der Grube arbeiten. So schaut also die „sonst gute Lage der Arbeiter“ aus.

Aber man muß auch wissen, wie sich diese Leute die Lage der Arbeiter als gute vorstelen. Er darf eben nicht auf die sozialistischen Weltverbessere hören, sondern mit dem, was ihm das Schicksal beschieden, zufriedensein und keine großen Bedürfnisse haben, also an das Leben keine Ansprüche machen.

So schreibt der neue Redakteur Schönhof in einem Feuilleton der Nummer 35. In gut deutsch übersetzt würde es heißen, jeder Arbeiter soll seine Lebensweise so einrichten wie Diogenes und er wird dann sogar noch in die Lage kommen, von seinem Wenigen viel zu erheben.

Teplitz hat noch ein zweites deutschliberales Blatt, die „Teplitzer Zeitung“. Sie steht ihrer Gesinnungsschwester in puncto Arbeiterfreundlichkeit in nichts nach und läßt sich also über den Streik vernehmen:

„Es wird im Publikum vielfach über die Berechtigung des gegenwärtigen Sitzes der Kohlenarbeiter debattiert und dabei sehr häufig eine vollständige Verkenntnis der bestehenden Verhältnisse an den Tag gelegt. Wer da weiß, daß früher ganze Arbeitergruppen oft den Bau ohne Kündigung verlassen, wird zugeben, daß gerade die Eigentümer der nordwest-böhmischen Kohlenwerke in Bezug auf praktische Reformen mit nachahmungswürdigem Beispiele vorangegangen sind. Die Arbeitgeber bemühten sich, einen festen Arbeiterstamm zu schaffen und denselben durch Gewährung gewisser Vorteile dauernd an das Werk zu fesseln. So entstanden wirkliche Arbeiterkolonien auf den meisten großen Werken, welche im ganzen Teplitz-Duzer Kohlenreviere zu finden sind. Tatsächlich wurde hiedurch auch der sittliche Wert des Arbeiters wesentlich gehoben. Statt des Schichtens (Tag) Lohnes wurde der Gebinde- (oder Akkord-) Lohn eingeführt, welcher den Arbeitern einen neuen Sporn zu erhöhter Tätigkeit verlieh und die Lohnverhältnisse im Allgemeinen verbesserte. Ungeachtet der Schwankungen der Kohlenpreise, welche zu gewissen Zeiten nicht einmal die Regieposten deckten, war der Lohnbezug des Arbeiters im Verhältnis ein andauernd günstiger.“

Ich übergebe den Tratsch bis zu der humanen Einführung des Akkord- statt Taglohnes. Einen Sporn zu größerer Arbeitstätigkeit bedeutete diese Maßregel, doch zu wessen Gunsten? Natürlich zu Gunsten des Grubenbesizers. Der Arbeiter arbeitete im Akkordlohn viel intensiver als beim früheren Taglohn, um erstens so viel zu verdienen, als er früher im Taglohn erhielt und zweitens womöglich noch etwas darüber. Zudem aber der Arbeiter angestrengter arbeitet, muß er also entweder mehr und bessere Nahrung zu sich nehmen als früher oder aber er muß von seinem konstanten Kapital, von seinem Körper zusehen, was gleichbedeutend mit der Verkürzung des Lebens um einige Jahre ist. Das also sollten die „verbesserten Lohnverhältnisse“ sein im Allgemeinen nach der „Teplitzer Zeitung“.

Wie im Verhältnis andauernd günstiger der Lohnbezug war geht aus dem oben angeführten Verzeichnis hervor, welches von Jahr zu Jahr einen niedrigeren Lohnsatz aufweist. Die Abräumer verdienen vielleicht noch um ein Fünftel weniger und damit sind diese Arbeiter noch nicht zufrieden? Lassen wir unseren „Teplitzer“ weiterreden:

„Ueber die gegenwärtigen Lohnverhältnisse, d. h. wie sie bis zum Ausbruch des Streiks bestanden, herrschen im Publikum ebenfalls irrtümliche Ansichten. Wir hatten Gelegenheit, in die Lohnlisten größerer Werke der Umgebung Einblick zu nehmen und sind demnach in der Lage, zu versichern, daß die Löhne der Hauer zwischen 1 fl. 50 kr. und 3 fl. 16 kr. pro Schicht (Tag) varieren. Nur unfähige Arbeiter dieser Kategorie beziehen Löhne unter diesem Satze, während sogar tüchtige Tagelöhner bis 1 fl. 70 kr. pro Tag verdienen. Der geringste Lohn eines Tagelöhners ist 1 fl., Weiber verdienen 80–87 kr. und 15–17-jährige Knaben 50–70 kr. Daß die Verwaltung der Werke gegen die Arbeiter das größte Entgegenkommen gezeigt, beweist der Umstand, daß ein großer Teil derselben namhafte Vorschüsse, sogar bis zu 50 fl. und darüber erhalten hat. Es ist auch schon vorgekommen, daß solche Vorschüsse in Folge möglichen Austrittes des Arbeiters ungedeckt blieben. Charakteristisch ist auch die Tatsache, daß die ärgsten Hege unter den Arbeitern die höchsten Löhne bezogen haben. Nomina sunt odiosa.“

Die Ursachen des Streiks waren also, wie schon angeführt, die niedrigen Lohnsätze in erster Linie, verschiedene andere Uebelstände, die in nachstehenden Forderungen ihre Beseitigung finden sollten und das Bruderaldewesen taten das Uebrige.

„Bei der am 26. April abgehaltenen Versammlung von den Arbeitern des Duzer-Bräu-Oberleutensdorf-Biliner Bergreviers gewählten Vertreter wurden folgende Forderungen gestellt: 1. Abschaffung der bestehenden Knappschaftskassen, d. h. Umänderung derselben in eine Zentralkasse für die ganze Provinz unter staatlicher Führung und Haftung. 2. Gesetzlich bestimmte Arbeitszeit auf acht Stunden. 3. Abschaffung der Sonntagsarbeit; ist selbe erforderlich, so soll sie doppelt entlohnt werden. 4. Abschaffung der Akkordarbeit. 5. Einführung eines Schichtlohnes nach Leistungsfähigkeit von 1 fl. 80 kr. bis 2 fl. 6. Gesetzliches Verbot der Aufnahme von Arbeitern unter 16 Jahren. 7. Einführung von Berginspektoren, denen in jede Grube der Eintritt gestattet ist, um sich über Arbeiten, Sicherheits- und Gesundheitsvorrichtungen überzeugen zu können. Solche dürfen nicht von den Werken abhängig sein und müssen von den Arbeitern gewählt werden. Die Wahl ist ein Jahr gültig. 8. Errichtung einer Kanzlei für Beförderung der Arbeit in jedem Revier. 9. Einführung eines Haftpflichtgesetzes, welches für den Inhaber für jedes Unglück, welches durch Schuld des Verleiteten oder des Aufsichtspersonales geschehen ist, verantwortlich macht und die Wahrung der Hinterbliebenen zum Zwecke hat. 10. Die Bestätigung, daß kein Arbeiter ohne vorhergegangene gerichtliche Untersuchung und Urteilsprechung entlassen wird. 11. Aufnahme der Bergarbeiter in Arbeit und Knappschaftskasse, welche aus der Arbeit entlassen wurden und Garantie für die aus ihrer Mitte gewählten Vertreter, welche am 26. April der Versammlung beizuhören. 12. Eine volle Vergütung der streikenden Arbeiter, durch welche Zeit sie ohne Arbeit sind.“

Bei dieser Versammlung waren 33 Werke durch 212 Delegierte vertreten. Die Resolution wurde einstimmig angenommen und vom Bezirkshauptmann befürwortet entgegengenommen, womit er sich kein „Bild“ eingelegt haben soll.

Der Streik ist nun als beendet zu betrachten. Die Arbeiter mußten der Macht weichen und keine ihrer Forderungen wurde

bewilligt und der einzige Nutzen, den die Arbeiter von diesem Streike ziehen können, ist, eine gute Organisation zu schaffen.

Das „freie Uebereinkommen“ zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, diese manchesterliche Theorie, wer ist es, der sie immer befürwortet und verleitet?

„Der Staat hat keinen Beruf sich in das Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber zu mengen, heißt es in der neuen Gewerbeordnung.“

Politische Uebersicht.

In der nächsten Zeit findet in Bemberg ein Hochverratsprozeß gegen sieben Personen ruthenischer Nationalität statt.

Zum Kapitel über das Briefgeheimnis erfahren wir, daß Genosse J. Mauer in Triest vorgeladen wurde, einen Brief, in dem die Post verbotene Zeitschriften sozialistischen Inhaltes vermutete, auf dem Zollamt in Empfang zu nehmen. Genosse Mauer kam der Vorladung nach, um den verdächtigen Brief zu beheben, derselbe wurde ihm allerdings ausgefolgt, aber nur zum Öffnen. Den Inhalt, sechs Exemplare der „Freiheit“, mußte er dem Vizirektor ausfolgen, die derselbe nach seiner Erklärung an die Obrigkeit abzuführen habe. — Das weitere wird er schon erfahren, wurde dem Genossen gesagt und er konnte gehen.

Am 12. Mai richteten die Abgeordneten Kronawetter, Jänckel, Schönerer und Studel folgende Interpellation an den Minister des Innern: „Nachrichten der Tagesblätter zufolge sind in jüngster Zeit Arbeitseinstellungen, welche bereits so große Dimensionen angenommen haben, daß Militär requiriert wurde, unter den Arbeitern in den Kolonbergwerken zu Duz und Umgebung ausgebrochen und früher zu Kürschau und Mährisch-Dorf. Die Befertigten stellen nun an die Regierung die Frage: 1. In welchem Umfang sind diese Arbeitseinstellungen erfolgt? 2. Wurden von der Regierung Erhebungen über die Ursachen dieser Arbeitseinstellungen gepflogen, und welche Resultate haben solche Erhebungen ergeben? 3. Was bedenkt die Regierung vorzunehmen, um solchen Vorfallsmissen für die Zukunft nach Möglichkeit vorzubeugen? 4. Haben sich die Organe der Regierung bei ihren Maßnahmen die Beferte über das Koalitionsrecht und die Freizügigkeit allen Beteiligten gegenüber in gleich strenger Weise vor Augen gehalten?“ Wir wissen, daß jede wie immer geartete Interpellation an die Regierung für uns bedeutungslos ist und notiren wir diese nur deshalb, weil sie zur Beurteilung der politischen Verhältnisse für unsere Leser beitragen kann. Ob und was die Regierung darauf antworten wird, werden wir unseren Lesern ebenfalls mitteilen.

Wegen der Kündigung einer Kollegin, der Zigarrenarbeiterin Elisabeth Kalesch, stellten am 11. Mai sämtliche mit dieser in einem Saale beschäftigten Arbeiterinnen der Zigarrenfabrik in der Pfeiffergasse in Pest die Arbeit ein. Den 12. Mai Morgens erschien eine Deputation dieser Arbeiterinnen bei den Fabriksdirektor und bat diesen, er möge die entlassene Kalesch zurücknehmen. Da er dies verweigerte, gingen sie zum Rat B. k. h. und teilten ihm mit, daß sie am 11. Mai Nachmittags beim Finanzministerium vorisprachen und Beschwärde führten, wo ihnen versprochen wurde, ihre Angelegenheit zu untersuchen. Sie wollen hierauf wieder en masse zum Ministerium gehen; nachdem jedoch der Polizeirat dies verbot, gaben sie das Versprechen ab, davon abzulassen und eine Deputation zu entsenden. Um 1 Uhr Nachmittags rotteten sich die Arbeiterinnen wieder vor der Fabrik zusammen und forderten diesmal ziemlich lärmend, daß ihre entlassene Kollegin Elisabeth Kalesch zurückgenommen werde. Der Direktor nahm auch diesmal zur Polizei seine Zuflucht, bevor jedoch diese erschien — und sie kam 20 Mann hoch — hatten die Streikenden den Ort verlassen.

Von prinzipieller Bedeutung für uns ist die Entscheidung des obersten Gerichts- und Kassationshofes über den Sinn des § 24 St.-G. Am 3. August v. J. langte auf der Hauptpost in Prag ein an Leopold Kopp, Geschäftsfreisenden in Prag, adressirter Brief aus der Buchdruckerei der Gebrüder Stiepel in Reichenberg an. Die Polizei witterte in dem Briefe verbotene Druckschriften und wurde derselbe daher, wie man es zu nennen pflegt, „der zollamtlichen Behandlung unterzogen“. Bei der Eröffnung fand man in demselben zwanzig Separatabdrücke von dem in der „Reichenberger Zeitung“ erschienenen Blatte „Auf dem Grabstein“, welches wegen Verbrechens des § 64 St.-G. konfisziert worden war. Am 4. August kam wieder aus der genannten Buchdruckerei an Herrn Kopp ein Brief, der selbstverständlich wieder „zollamtlich behandelt wurde“ und in welchem man 50 solche Separatabdrücke fand. Am 12. Dezember fand gegen Kopp bei dem Reichenberger k. k. Kreis- als Strafgerichte die Verhandlung wegen Vergehens nach § 24 St.-G. statt und wurde Herr Kopp wegen der versuchten Verbreitung einer verbotenen Druckschrift zu einer Geldstrafe von fünfzig Gulden verurteilt. Der Verteidiger, Dr. Bendiener aus Prag, meldet dagegen die Nichtigkeitbeschwerde an, über welche am 14. d. M. beim obersten Gerichts- und Kassationshofe unter Vorsitz des Hofrates Bagel verhandelt wurde. Der Procurator Sachar beantragte die Verwerfung der Nichtigkeitsbeschwerde, wogegen jedoch Dr. Bendiener einwendete, daß der Ankauf verbotener Druckschriften noch nicht als Versuch zur Verbreitung derselben betrachtet werden könne. Der Kassationshof schloß sich der Anschauung an und sprach Herrn Kopp frei.

Am 6. Mai wurde der Staatssekretär von Irland, Lord Cavendish, sowie der Untersekretär Bourke in Dublin

erstochen. Dem Zustandbringer der Täter ist 10.000 Pfund Sterling und dem der eine Anzeige zur Namhaftmachung derselben macht, 1000 Pfund Sterling versprochen.

Dem „N. Br. Tagblatt“ wurde am 14. Mai telegrafirt: Der „Voltaire“ behauptet, von Gewährsmännern, welche mit Nihilisten verkehren, zu wissen, daß eine geheime Gesellschaft in Irland bestehe, welche sich in Amerika gebildet und weber mit der Landliga, noch mit den Homerulern, noch den Feniern Gemeinschaft hat. Der Zweck derselben sei, mittelst Terrorismus jede Regierung in Irland unmöglich zu machen. Die Nihilisten hätten derselben ihre energischen Mitglieder zur Verfügung gestellt. Die Gesellschaft besitz enorm viel Geld. Alle englischen Beamten sollen ermordet werden. Drei der Mörder Cavendish' und Bourke's seien bereits ins Ausland geflüchtet. Am Tage des Mordes seien viele affiliierte ausländische Helfershelfer in Dublin anwesend gewesen. (?)

Gladstone verlangt nun für Irland Ausnahmezustand. Es sollen in den betreffenden Distrikten Spezialgerichtshöfe aus drei Richtern ohne Geschworene konstituiert werden; die Polizei soll ermächtigt werden, anlässlich von Recherchen nach Mordwerkzeugen die Verhaftung Verdächtiger und Hausdurchsuchungen vorzunehmen. Die Polizei soll ferner für die Ruhe bedrohliche Ausländer verhaften und ausweisen dürfen. Dem Vizekönig wird ein summarisches Verfahren, die Auflösung arheimer Gesellschaften, unerlaubter Versammlungen und Unterdrückung aufreisender Journale gestattet sein. Die diesbezügliche Bill soll für drei Jahre Gesetzeskraft haben.

Ueber den angeblichen Versuch, das Mansion House, den Amtspalast des Lordmayors, mittelst Pulver in die Luft zu sprengen, wird aus London unter dem 3. d. M. geschrieben: Ein Herr, welcher gestern Abend um 9 Uhr an dem Gebäude vorüberging, sah auf dem Pflaster, dicht an der Mauer ein großes, verdächtig aussehendes Paket liegen, das sich als eine in braunes Papier gehüllte Kiste im Gewichte von 15–20 Pfund erwies. Die Kiste war mittelst einer Schnur an dem eisernen Geländer des Mansion House befestigt und dicht unter derselben lag ein angezündeter und rauchender Leinwandstücken. Der erwähnte Herr setzte unverzüglich die Polizei von seiner Entdeckung in Kenntniß, und da die Natur des Pakets ersten Argwohn erweckte, wurde derselbe behutsam nach der nächstgelegenen Polizeistation gebracht, wo dessen Inhalt heute geöffnet werden soll. Ob es sich um einen wirklichen Versuch zur Zerstörung des Gebäudes oder nur um einen schlechten Spaß handelt, wird die eingeleitete Untersuchung aufklären. Gleichwol wurde nach der Entdeckung der verdächtigen Kiste das Mansion House unter besondere polizeiliche Bewachung gestellt.

Die irischen Richter protestirten gegen die Verhängung der Repressionsbill, wonach bei Unruhen in Irland die Justiz durch besondere Tribunale ersetzt werden soll.

Londoner Telegramme vom 17. Mai brachten die Nachricht, daß die Druckerei-Einrichtung des sozialistischen Blattes „Freiheit“ den 16. Abends dasirt und der Druck Wertens verhaftet und vor das Gericht in der Bow Street geführt wurde. Anlaß dazu, soll ein Artikel der „Freiheit“ bezüglich der Dubliner Mordtaten gegeben haben. Der Prozeß wurde vom königlichen Procurator angestrengt und ein Haftbefehl auch gegen das Redaktionsmitglied Jahn erlassen.

Die Abendausgabe des „Br. Extrablatt“ berichtet am 19. d. M. Folgendes:

Die Revolution in Rußland. Aus sehr beachtenswerter Quelle wird dem Petersburger Korrespondenten der „Presse“ mitgeteilt, daß im Politikum von Riga bedeutende Unruhen unter den Studenten stattgefunden hätten, in Folge deren viele Studenten verhaftet wurden. Den Anlaß soll die Forderung der Direktion gegeben haben, daß die Studenten unter ihnen zirkulirende Proklamationen herausgeben sollten. Es mußte Gewalt angewendet werden und sollen auch Verwundungen sowohl bei den Studenten, wie bei den Polizeibeamten vorgekommen sein. Weiters wird berichtet, die Frazion der „Czerny Berebel“ verschmolz sich definitiv mit der Frazion der „Narodnaja Wolja“, weil die friedliche Propaganda wegen zu großer Aufmerksamkeit der Polizei unmöglich sei.

Derselben Nummer entnehmen wir, daß der in Paris tagende Sozialisten-Kongreß sich mit den irischen Exekutoren solidarisch erklärt hat.

Der Barhadt Holz. Ein Petersburger Korrespondent des Blattes „Paris“ weiß zu erzählen, daß der Kaiser Alexander III., um sich in seiner freiwilligen Gefangenschaft von Gaischina einige Abwechslung zu verschaffen, zu demselben Mittel gegriffen hat, wie Herr Gladstone: er spaltet im Schloßpark Holz und sein vierzehnjähriger Sohn, der Großfürst Nicolaus, richtet die Scheite zu Haufen. Der von den Nihilisten geübte Terrorismus ist nach diesem Korrespondenten noch immer so groß, daß er nicht an das Zustandekommen der Krönung glaubt. Inzwischen hat dasselbe französische Ministerium, welches vor einigen Wochen Herr Peter Lawroff auswies, weil er einen öffentlichen Ausruf zu Sammlungen für die deportirten Nihilisten erlassen hatte, demselben die Rückkehr nach Frankreich gestattet und Herr Lawroff ist auch schon wieder in Paris eingetroffen.

Aus Parteikreisen.

Gegenwärtig befinden sich folgende Genossen in Haft: Leo Dalecki 4, Polejal 3 und Mangel 2 Jahre schweren Kerker in Stein; Norbert Soula 10 Monate strengen Kerker in Prag; Fr. Rauch 6 Monate schweren Kerker in Gollersdorf; Zillmann 2, Jos. Schenl 4 Monate, Schafhauser 6 Wochen Kerker in Wien.

In Untersuchungshaft befinden sich die Genossen: Urbanel Jammt Frau und Wilhelm Eyll, Hinterstößer, Schöllenträger und Johann Schent in Korneuburg, und Joh. Richter in Wien.

In Untersuchung, jedoch auf freiem Fuße, befinden sich folgende Genossen: Wenzel Führer und Franz Schultze in Wien.

Freitag den 18. d. M. wurden laut telegraphischen Depeschen sieben Genossen in Wilsen bei einer geheimen Konferenz verhaftet. Einer davon soll aus Sachsen sein, die übrigen alle aus Mähren.

Gegen Genossen W. Führer findet am 3. Juni bei dem k. k. Bezirksgerichte Wieden die Hauptverhandlung wegen Uebertretung des § 313 St.-G., statt.

Einige Genossen in Wien erfreuen sich einer ungewöhnlichen Aufmerksamkeit seitens gewisser „Herren“. So wurde beim Hausbesorger des Hauses, wo Genosse Stiasny wohnt, einigemal angefragt, ob er sich zu Hause befindet und wann er nach Hause gekommen ist? Einmal ließen sie sich sogar in der Nacht deshalb aufspüren. Ähnliches geschieht auch bei dem Genossen Korbitel. Zum Genossen J. Petzilet kommen die „bekannten Unbekannten“ bis zu seiner Quartierfrau, verbieten ihr jedoch, etwas davon zu sagen, was übrigens auch bei den anderen Genossen geschieht, und wenn er fortgeht, wird es von einem „Herrn“ durch die Wegnahme eines roten Luches bekannt gemacht, welches vom Gange irgendwo festgebunden flattert, wenn er zu Hause ist.

Auch in Wien sucht man schon Dynamit. Bei unserem Genossen Kirchmeier in Hünshaus wurde am 11. Mai nach Dynamit gehäuselt, jedoch nichts gefunden. Schließlich wurde derselbe gefragt, ob es wahr sei, daß er über die Kraft des Dynamits eine Probe auf der Schmelz angestellt habe, was er natürlich verneinte.

Mittwoch den 10. d. M. fand bei dem k. k. Kreisgerichte in Korneuburg die Schlussverhandlung gegen unseren Genossen Joh. Schent wegen Majestätsbeleidigung statt. Ueber den Verlauf dieser Verhandlung liegen uns keine anderen Mitteilungen vor, als ein Brief des Genossen Schent, wo er uns die Mitteilung macht, daß er zu 8 Monaten schweren Kerkers verurteilt worden ist.

Am 25. I. M. findet vor dem Wiener Schwurgerichte die Schlussverhandlung gegen Genossen Johann Richter wegen Hochverrat statt. Es wird demselben — nach der Angabe des „Neuen Wiener Tagblatt“ — zur Last gelegt, daß er 50.000 Stück hochverräterische Flugblätter in einer Druckerei bestellt habe. Als seine Mutter, eine 50jährige Greisin, von seiner Verhaftung erfuhr, hat sie vor Schrecken der Schlag getroffen und ist sie nun am ganzen Körper gelähmt. Unsere Pflicht ist es nun, da sie ganz mittellos ist, dieselbe derart zu unterstützen, damit sie sich auch Heilmitteln anschaffen kann.

Mittwoch den 17. Mai I. J. wurde Genosse Korbitel, als er in die Arbeit ging, auf der Gasse von einem Detektiv eingeholt und erlucht, auf das Kommissariat zu gehen, indem der Herr Rat ihn zu sprechen wünsche. Dasselbe geschah dem Genossen Stiasny am Abend desselben Tages, als er eine Rolle Papier trug.

Uns Liezen wird uns geschrieben, daß Genosse Kals vor seinem Tode an die Gemeinde der Stadt Liezen, sowie an die Bezirkshauptmannschaft Schreiben gerichtet hat, worin er sich konfessionslos erklärte. Bei seinem Leichenbegängnisse waren auch die Genossen aus Donau durch einen Delegierten vertreten.

Wien. Montag den 24. April tagte eine Massenversammlung der Manufakturarbeiter und Arbeiterinnen Wiens unter dem Vorsitz des Genossen Hubenil. Die Tagesordnung wurde über Antrag des Genossen Schultze zusammengezogen und lautete: „Die heutige Produktionsweise und ihre Folgen, und Zweck der Vereine.“

Genosse Schultze als Referent begann mit folgenden Worten: Gerade so wie in der Natur sich Revolutionen vollziehen, das Bestehende untergeht, und an dessen Stelle anderes beginnt, so sehen wir auch, daß sich auf gewerblichem Gebiete eine Revolution vollzieht und mehr und mehr um sich greift, und das Bestehende vernichtet. Und zwar: wenn wir einen Blick in die Vergangenheit werfen, so sehen wir, daß Millionen Hände tätig waren, um das zu produzieren, was die Konsumenten brauchten. Aber der forschende Geist schreitet rastlos und unaufhaltsam vorwärts, und zwar auf dem Gebiete der Technik sehen wir überhaupt einen förmlichen Wettlauf sich geltend machen. Indem man die bestehenden Maschinen verbessert und noch mehr dieselben auch in Tätigkeit setzt, und die Folge derselben ist die Entbehrung der menschlichen Kräfte. Es hat schon vor der Erfindung der Dampfmaschine sogenannte Bandmühlen (Fabrikmaschinen) in der Bandweberei und auch Spinnapparate gegeben, mit welchen aber nur sehr grobe Fäden gesponnen wurden. Erst, seitdem James Watt 1764 die Dampfmaschine erfand, begann eine immer raschere Entwicklung der Spinn- und auch der Webindustrie Englands. Die sogenannte Geburtsstätte der heutigen Maschinenproduktion hat schon im Jahre 1860 eine so hoch entwickelte Maschinenproduktion, daß dieselbe eine Leistung von 11 Millionen Werbestücke repräsentierte. Es verrichteten somit die englischen Dampfmaschinen allein eine Arbeit, zu deren Leistung 77 Millionen Männer nötig wären. In Oesterreich oder anderen Staaten, wo die Maschinenproduktion noch nicht eine so hoch entwickelte ist, empfindet man doch schon bedeutend die Folgen derselben, daß durch die Entbehrung der menschlichen Kräfte das Angebot der Arbeiter in stetem Steigen sich befindet, so daß eine mächtige Reserve Armee den Fabrikbesitzern zur Verfügung steht, daher der Lohn, der bei den Maschinen unbedingt notwendig beschäftigten Arbeitern immer mehr sinkt und auch die unumgängliche Behandlung immer mehr zunimmt, als lebe man noch in der alten Sklaverei. Auch die Verwendung weiblicher Arbeitskraft und Kinder und die lange Arbeitszeit sind die Hauptursachen des sinkenden Lohnes der Beschäftigten. Die Verarmung des Volkes und die Abnahme der Konsumtionsfähigkeit derselben sind die Folgen davon. Die Arbeiter, resp. ein Teil verarmten nicht, daß noch eine größere Gefahr droht durch die heutige regellose Produktionsweise, und machen Vorschläge zur Beschränkung derselben, wie z. B. die Einführung eines zehnstündigen Arbeitstages, Regelung der Frauen- und Kinderarbeit, aber resultatlos. Auch von Seite der Schweizer Regierung wurde ein internationales Arbeitsgesetz allen Regierungen empfohlen, aber man lies es unbeachtet; man läßt so fortzuziehen in diesem regellosen Produktionsstadium. Auch seitens des Staates wird zum Nachteil der Arbeiter produziert, nämlich durch die Strausarbeit. Auch die Folgen derselben erliden die Arbeiter und forderten daher die Regelung derselben. Auch haben die Arbeiter die Tatsache nicht verkannt, daß die sozialen Verhältnisse von den politischen Abhängen, nämlich, daß nur, wenn das Volk politische Rechte hat, es auch in sozialer Beziehung besser situiert sei. Infolgedessen forderten die Arbeiter das Wahlrecht. Als Redner dasselbe erläutern wollte, wurde er vom Regierungsvertreter mit dem Bemerkten unterbrochen, dies gehöre nicht zur Tagesordnung. Redner fordert die Anwesenden auf, nicht von ihren Forderungen abzulassen; um aber dieselben vollständig und baldigst zu erringen muß eine tüchtige Organisation geschaffen werden, welche nur durch einen Massenbeitrag in die bestehenden Arbeitervereine möglich wird.

Es sprachen noch die Genossen Michael, Dorich und Planer. Sämtliche Redner schlossen sich den Ausführungen des Referenten an und kritisierten mit Erfolg die heutigen Verhältnisse.

J. Scholz, Schriftführer.

Br.-Neustadt. Sonntag den 14. Mai d. J. wurde eine Volksversammlung in hiesigen Brauhauslokale abgehalten. Es liefen einen Tag vorher von einer Seite falsche Gerüchte ein, so

sich der Einberufer genötigt sah, dieselbe bis 21. Mai zu vertagen. Jedoch aber, da dies am Sonntag früh richtig gestellt wurde, konnte man durch eine 3stündige Agitation dieselbe abhalten; freilich wurde sie von nur ungefähr 800 Personen besucht.

Als Vorsitzender fungierte Genosse Leitner (Dr.-Neustadt), Stellvertreter Genosse Aufreiter (Leobersdorf), Schriftführer Genosse Kunic (Wien). Auf der Tagesordnung standen: 1. Die Forderungen des vierten Standes vor dem Forum des Parlamentes. 2. Die Presse. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung um 2 Uhr eröffnete, erhielt Genosse Führer aus Wien als Referent das Wort.

Genosse Führer bespricht in fast einstündiger Rede die traurigen Zustände des arbeitenden Volkes und die Forderungen des vierten Standes in gewerblicher sowie politischer Beziehung. Diese Rede, welche wol auf einem fruchtbaren Boden gefallen sein dürfte, wie die stürmischen Beifallsbezeugungen beweisen, ist nicht möglich, wortgetreu wiederzugeben zu können, daher lasse ich einzelne Stellen folgen.

Rechtlose Arbeiter und Kleingewerbetreibende Dr.-Neustadt! Sie werden wol wissen, wie oft wir schon von dem gesetzgebenden Körper durch Resolutionen und Petitionen unsere Rechte, die uns angeboren sind, verlangt haben, doch ohne Erfolg. Die Verhältnisse haben nicht nur Sklaven des Kapitals aus uns gemacht, sondern uns selbst moralisch zu Grunde gerichtet. Alle unsere Petitionen, wo sind sie hingewandert? Das ist eine Frage, die die heutige Gesellschaft einmal zu beantworten haben werde. Man fragt nicht, Mensch, kannst du deine Steuern oder Zinsen zahlen, man bekümmert sich nicht, ob wir zu Grunde gehen oder nicht. Durch die Not gedrungen, haben die Arbeiter von den Kolonberatern Mährens, um ihre Lage zu verbessern, die Arbeit eingestellt. Da man sie aber zwingen wollte zu arbeiten, haben sie eine Deputation nach Wien zum Minister Taaffe abgesendet, die jedoch unterwegs in Verwahrungshaft genommen wurde. Wie ging es den Arbeitern von Dur-Bodenbach? Es wird sich so mancher noch erinnern, daß im Jahre 1881 ein Arbeitertag nach Linz einberufen wurde, jedoch von der Statthalterei mit dem Bemerkten, daß der Einberufer nicht alle kenne, die erscheinen werden, verboten wurde; dagegen aber ein Gewerbetag von Dr. Kopp einberufen, konnte abgehalten werden. Ich frage nun: wird Dr. Kopp alle gekannt haben, die zum Gewerbetag gekommen sind, ich glaube kaum. Ferner wurde in Wien (Schwendler's Kolosseum) ein Bauerntag abgehalten, aber eine Volksversammlung mit der Motivierung, daß die Lokalitäten untauglich sind, wurde verboten. Wo bleiben da die Rechte des Volkes? Zunächst übergehe ich zu den Forderungen des vierten Standes, die sie als Programm aufgestellt haben: 1. Vereins- und Versammlungsrecht; 2. Arbeitszeit von 10 Stunden, Abschaffung der Frauen- und Kinderarbeit; 3. Abschaffung des stehenden Heeres; 4. Allgemeines und direktes Wahlrecht, und viele andere Punkte. Da wir aber dieses schon zum wiederholtenmalen verlangt und nichts erreicht haben, so brauchen wir es nicht und wollen es nicht mehr verlangen von dieser Regierung. Redner macht auf den Schlussatz von Dr. Kronawetter's Rede vom 25. März aufmerksam, wo es heißt: „Auch außerhalb des Parlamentes wird man den vierten Stand hören müssen.“

Genosse Leitner bespricht in eingehender Weise die Uebelstände der Volksbevölkerung sowie des Proletariats am Lande und führte mehrere Fälle an, die sich in der Umgebung Neustadts zugetragen haben, welche ein sehr übles Licht in die heutige Gesellschaft werfen, ferner die Uebelstände der Strausarbeit für das arbeitende Volk.

Abgeordneter Kronawetter gibt an, daß er von seinen Vätern ein Mißtrauensvotum erhalten, weil er Arbeiterversammlungen besucht habe, und erklärte jedoch, trotzdem dieselben zu besuchen. Aus diesem Grunde sei er heute auch zu der Arbeiterversammlung gekommen. Redner bespricht eingehend die Vorgänge im Parlamente und meint, wenn sich die Bourgeoispartei eine liberale oder freisinnige nennt, wie müssen dann die Reaktionsären aussehen. Was die Wahlberechtigung betrifft, so sind es nur 10 Prozent der Bevölkerung, welche davon Gebrauch machen können, daher es den Arbeitern nie etwas nützen kann. Ueberhaupt, man kann sie nicht Volksvertreter sondern Interessenvertreter nennen. Was die Ausführungen des Referenten über den Streit von Mähren betrifft, sei dies von der Deputation richtig, jedoch über den Dur-Bodenbacher Streit soll sich der Graf Taaffe zu Herrn Wolfrum geäußert haben: „So lange wir Militär haben, ist keine Gefahr vorhanden.“ Ferner bemerkt der Redner, daß Einzelne nichts machen können, da das fluchwürdige Klubsystem existiert und jeder seine Diäten alle Monat einzustellen sucht, daher von dieser Seite so lange nichts zu erwarten sei, bis die gesellschaftlichen Zustände durch eine radikale Kur geregelt werden.

Genosse Leitner (Wien) bespricht im gleichen Sinne wie der Referent die Verhältnisse des Volkes, und hebt hervor, daß das Volk seit Jahrhunderten immer für gleiche Prinzipien gekämpft hat, jedoch in anderer Form, und daß wir lange Geduld gehabt haben, jedoch, nach den jetzigen Umständen müssen wir entweder Sklaven der Verhältnisse oder freie Menschen sein.

Genosse Schultze (Wien), bespricht in sehr gebieter Weise die materiellen und wirtschaftlichen Forderungen des arbeitenden Volkes, und führte an, die Regierung müsse das Volk von dem Kapital befreien, wie ein Gärtner seine Pflanzen von verschiedenen Insekten befreit. Und wir müssen uns vereinigen und selbst ausbilden, da wir von keiner Seite etwas zu erwarten haben, denn, wenn wir uns auf die verlassen, dann sind wir auch schon verloren.

Genosse Schröder (Neumarkt), führt aus, daß das allgemeine Wahlrecht für uns von keinem Nutzen sein kann, solange der Klassenunterschied besteht, daher wollen wir es auch nicht mehr fordern.

Führer zieht noch die sämtlichen von den Rednern angeführten Tatsachen in kurzen Worten zusammen, und erklärt, daß man zu jeder Zeit gegen Nationalitätenbezüge Front machen müsse, da nur durch einiges Vorgehen uns geholfen werden kann. Und da es schon klar ist, daß wir alle gleiche Menschen sind, insfolgedessen auch gleich zu leben haben sollen. Daher nur wenn wir brüderlich vereint sind, können wir zu unseren Rechten gelangen.

Zum zweiten Punkte sprach Leitner jedoch in kurzer Rede, da der Saal um 5 Uhr geräumt werden mußte und es unmöglich war, diesen Punkt eingehend zu besprechen.

Führer brachte noch folgenden Antrag ein: Heute, den 14. Mai, im Brauhaus in Dr.-Neustadt tagende Volksversammlung beschließt und erachtet es für notwendig, in 14 Tagen in demselben Lokale eine Volksversammlung mit folgender Tagesordnung einzuberufen:

1. Das gegenwärtige Steuersystem in Oesterreich; 2. Die Stellung der Arbeiterpresse gegenüber der kapitalistischen Presse.“ Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zum Schluß spricht der Vorsitzende die Hoffnung aus, daß die Anwesenden dies beherzigen werden was besprochen wurde, und dankt den Rednern, daß sie im gleichen Sinne gesprochen und keine Resolution eingebracht haben.

Michael Kunic, Schriftführer.

Auffig. Zu welchen Taten die liberalen Mauthelben fähig sind, beweisen die beiden Lokalnotizen im „Aussiger Anzeiger“ in den Nummern vom 1. und 5. April d. J., betreffend den Leseverein „Bohemia“. Besonders in der Nummer vom 1. April, da wird schon vor der Konstituierung der Verein ein Ableger eines aufgelösten Vereines genannt; trotzdem das Komitee, welches die Statuten entwirft hat, in keinerlei Beziehungen zu denselben stand. Wo diese ganz aus der Luft gegriffene Behauptung hingelassen soll, muß einem Jeden, der das Treiben der liberalen Journalisten, wenn man sie so nennen darf, unparteiisch betrachtet, sofort in die Augen springen. Warum sagt der Herr Pergamenter (Med. d. „N. A.“) nicht offen zu der Behörde: „Der neue Verein ist ebenloß staatsgefährlich als der aufgelöste Arbeiter-Verein!“ Warum sagt er nicht offen zu den Arbeitgebern: „Habt Acht! Ihr Freisinnige!“ In dem neuen Leseverein sind „eigentumsgefährliche“ Sozialdemokraten.“ Es liegt daher im Interesse

eines jeden wahren Patrioten, nicht zu dulden, daß seine Arbeiter Mitglieder des Lesevereines „Bohemia“ sind. Ist doch dem Herrn Pergamenter gar zu gut bekannt, daß die liberalen Advoakaten und Schlottjunker dafür gefordert haben — während sie das Heft in den Händen hatten — daß dem Arbeiter, dem alle Werte schaffenden und daher nützlichsten Theile der Gesellschaft es nicht ermöglicht ist, sich zu verteidigen. Die Antwort auf die vorhergehende Frage lautet: „Herr Pergamenter macht es so wie alle Individuen seines Schlages; er deutet die Sache bloß an, der Arbeitsgeber versteht es schon ganz gut, aber der wenig intelligente Arbeiter, dem Dank der bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen nicht die Bildungsmittel wie seinem Herrn und Gebieter zur Verfügung stehen, versteht es nicht, er sieht nicht, was zwischen den Heilen steht. Und der Herr Pergamenter profitiert eben dabei. Einerseits kann man ihm nicht so leicht bekommen, ihm an seinem schon halb verfaultem und von Motten durchfressenem Zeuge zu fiden; andererseits kann er von Zeit zu Zeit ungenüht mit Freiheitsstrafen herumwerfen, ohne befürchten zu müssen, daß ihm Jemand auf die Finger klopf. Nebenbei macht der Herr noch sein Geschäft in „Nationalitätensache“, wofür ihm von gefinnungsrüchigen Tischgenossen Beifall geflaskht wird. Und solche Schreibweise nennt der „N. A.“ Einstehe für Freiheit, Bildung und Fortschritt!“ Wir bedanken uns schon dafür und werden nicht ermannen, ihm denselben bei nächster Gelegenheit abzustatten. Rudolf Sommer.

Korrespondenz.

Aus dem Riesengebirge. Es wird in neuerer Zeit des öfteren von der Not der Riesengebirgsbewohner geschrieben, so daß Manche unsere Verhältnisse bekannt sein dürfen und wenn nicht, so gibt's ja überall Not mehr als Brod, um durch diese sich ein Urteil bilden zu können. Zwar ist man daran gegangen humanitäre Vereine zu gründen, welche durch Verteilung einiger Sacke voll Erbsäpel und Gemüse, die Not aus dem Reiche des Rückzahl vertreiben wollen, was man aber durch Almosen bei einem verarmten Volke erzielen kann, ist eben nichts weniger als Hilfe und es ist nur zu bedauern, daß solch' traurige Verhältnisse dazu noch ausgenutzt werden, um zur Entfaltung der modernen pomphaften sogenannten Humanität als bloßer Hintergrund zu dienen. Hätten diese „Vereinsgründer“ Ernst für ihre Aufgabe, wollten sie wirklich ein humanes Resultat erzielen, so müßte ihre Wirksamkeit in jene Kreise verlegt werden, denen sie selbst angehören — in der „hohen“ Gesellschaft der Aristokratie und Bourgeoisie müßten sie ihre Experimente versuchen, um durch dieselben eine wirkliche Rückwirkung auf die von Jenen abhängigen armen Bewohner unseres Gebirges zu schaffen. Ich verhehe unter dieser Tätigkeit natürlich kein Almosenbetiteln, sondern die Befestigung willkürlicher Unterdrückung von Seite einer Herrschaft und eine entsprechende Entlohnung unserer Arbeit, deren wirklicher Ertrag doch nur jenen „Menschen“ zufließt, die uns einige Gnadenbroden zuwerfen können.

Ich will nun in Folgendem eine Schilderung hiesiger Verhältnisse entwerfen und wenn es auch nur einen Teil unseres Gebirges betrifft, so ist es immehin auch für die übrigen anwendbar.

Den Erwerb unserer Voreltern bildeten seit ihrer Ansiedlung: Viehzucht, Bergbau und Handspinnerei; Getreide reißt hier nicht. Auch damals war die Not heimlich, denn Robot und schlechte Bezahlung für Arbeitsprodukte taten schon das übrige, um keine Gebirgsbarone aufkommen zu lassen. Doch warf die Viehzucht wenigstens noch so viel ab, um nicht Hunger leiden zu dürfen.

Jetzt ist freilich Alles anders geworden, freilich nicht zum Besseren. Der Bergbau wurde sistirt, die Flachspinnerei wurde durch Anlegung von Fabriken an den Ausläufen des Gebirges als Hausindustrie vernichtet und die Viehzucht wurde vom Herrschaftsbefiziger Graf v. Morzin dahin beschränkt, daß nur die zerstreuten Bewohner des Hochgebirges dieselbe betreiben können. Dadurch wurde die nun frei gewordenen Arbeitskräfte, teils von dem bisherigen hohen Herrn als Waldarbeiter um den Taglohn per 40 bis 60 kr., teils als Fabrikarbeiter gewonnen und nun ferner das Verarmen zu Teil, das Gräserfutter für den Rest unseres Viehstandes von den feilen Gebirgshehnen auf unserem Rücken herunterzutragen. Vielleicht war damals Morzin ein Mithradat des Tierchutzvereines, als welchem ihn die Anstrengung der Kinder erbatnte, die sie beim Auf- und Abtrieb zu ihren Hutweiden zu erdulden hatten und er verbot einfach diese Tierquälerei. Du brauchst darüber, mein braver Unterthan, nicht grollen, denn dies ist eben heute eine beliebte Humanität.

Unseren Voreltern war die Erlaubnis erteilt worden, aus unfruchtbaren Waldböden, den sie sich unter größter Anstrengung anrodren mußten, Flecken von Graswiesen anzulegen. Wer die Beschaffenheit unseres Bodens kennt, muß zugeben, wie viel Schweiß und Ausdauer es erfordert, ein förmliches Steingerölle zu Ackerland umzugestalten. Heute, da eine Grasernte ermöglicht ist, setzt der Graf einen Pacht auf diesen Grund, der für manchen Wirtschaftsbefizier unerschwinglich wird und das Ende ist die Wegnahme seines gewöhnlichen Eigentums. Ob nun daselbe an einen Zahlungsfähigen gefahren, ob es der gräßliche Förster erhält oder ob es seiner ursprünglichen Art nach, zu Wald angepflanzt wird. — Der schöne Traum vom Eigentum ist einmal hin!

Und auf den Bergen soll die Freiheit wohnen!? Uns ist jedenfalls ein solch' glücklicher Zustand unbekannt und wenn auch unsere Berge, Schluchten und Wälder noch so schön besungen werden. Die Wirklichkeit bietet der Schattenseiten zu viele auf, daß wir für unsere Heimat eine besondere Vorliebe gewinnen könnten.

Ausgedehnte grüne Wälder, saftige Weidplätze, Wild und Fische zeigt uns die Natur, doch nicht für uns erzeugt sie dies! Nicht einmal das Entsafteln von Beeren, welche natürlich auf gräßlichen Grundbesitzern reifen wird geteilt, die können lieber verkaufen; wer sich dabei von den Knechten des Grafen erwischen läßt, wird durchgebläut und ihm seine oftmals einzigen Kochgeräte zerfchlagen, denn einen armen Teufel muß derlei Lohp, worin er sich seine Erbsäpel und Wellpuppe abtobt, auch zum Beeren sammeln dienen. Früher, wie dies noch erlaubt wurde, diente der Erlös hiesig manchen kinderreichen Vater zur Anschaffung von Winterkleidung für seine schulpflichtigen Sproßlinge; jetzt, wo dies unmöglich gemacht ist, kommt auch zugleich das neue Schulgesetz, welches die Schulpflicht vermindert. Wie gelegen!

In den Ausläufen des Gebirges hat nun die allmächtige Großindustrie ihre Stätte aufgeschlagen, da sie im Voraus zu berechnen verstand, daß ihr eine billige Arbeitskraft unter den Gebirgsbewohnern zur Verfügung stehen würde. Indem durch Errichtung von Dampfmaschinen, die früher hier einheimische Handspinnerei und Weberei vernichtet wurde, stand nun Menschenmaterial genug zur Verfügung, das um einen Taglohn von 30 bis 70 kr. ihre Kräfte füllen konnte. Man denke sich diese aufreibende Tätigkeit der Fabrikarbeiter; viele derselben, meist junge Personen beiderlei Geschlechts im Alter von 13 bis 20 Jahren, wohnen tief im Gebirge bis über 2 Stunden von den Fabriken entfernt. Um 6 Uhr früh beginnt die Arbeitszeit und dauert bis 8 Uhr abends; den ganzen Tag in diesem Fabrikstaube, schlechte Nahrung, den beschwerlichen Weg von und nach Hause und man darf sich nicht wundern, wenn aus dem einst so kräftigen Gebirgsvolke siehe Gestalten übrig geblieben sind und wer dies noch für Uebeltriebung hält, der frage nur eine k. k. Assistentenkommission! Ein gerechtes Strafen muß jeden Menschenfreund beim Anblicke solch' trauriger Folgen unterer gesellschaftlichen Zustände erfassen und kaum ist jene Gleichgültigkeit zu begreifen, in welcher sich die Mehrzahl der hiesigen Arbeiter befindet. Und doch ist es wol anders möglich? Sind diese nicht so gut wie gänzlich durch ihre Abgeschlossenheit, durch ihre knapp bemessene freie Zeit von

